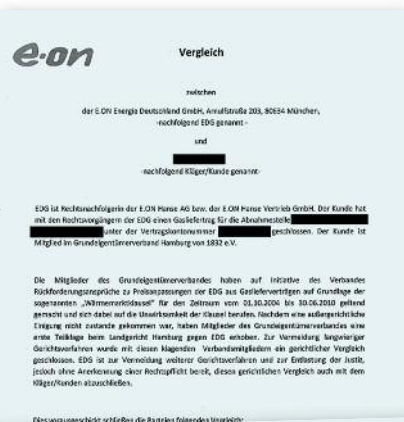




1. EDG zahlt an den Kunden einen Betrag von [REDACTED]. Dieser ist zur Zahlung fällig 2 Wochen nach Eingang dieses Vergleiches bei EDG.

5. Die Parteien werden über den Abschluss und Inhalt des Vergleiches strengstes Stillschweigen bewahren.

Energie

Geld zurück für Gaskunden

Verbraucherverbände haben einen weiteren Sieg für Gaskunden erzielt. Viele Bürger erhalten in diesen Tagen Erstattungen für zu hohe Abrechnungen. Bundesweit hatten sich Kunden gegen die sogenannte Wärmemarktklausel zur Wehr gesetzt. Damit behielten sich Energieversorger wie E.on oder RWE das Recht vor, bei bestimmten Kunden den Gaspreis einseitig erhöhen zu können. Verbraucherzentralen und Grundeigentümerverbände stuften diese Klausel als unwirksam ein und haben im Namen von Verbrauchern Rückforderungsansprüche gestellt. In zwei Klageverfahren haben Hamburger Gerichte rechtskräftig entschieden, dass die von E.on verwendete Preisanpassungsklausel unwirksam und damit sämtliche daraus folgenden Preisänderungen ungültig sind. E.on verzich-

tet nun auf Rechtsmittel und stimmte „zur Vermeidung langwieriger Gerichtsverfahren“ einem Vergleich zu. Vergangene Woche informierte das Unternehmen klagende Kunden in Hamburg, die Rückzahlungen in zum Teil vierstelliger Höhe bekommen sollen. E.on will jedoch unbedingt vermeiden, dass viele Verbraucher davon erfahren. In den Schreiben an die betroffenen Kunden heißt es, dass die Parteien „strengstes Stillschweigen“ zu bewahren hätten. Denn Sondervetragskunden, die sich den Klagen nicht angeschlossen haben, können noch gegen E.on vorgehen. Die Verjährungsfrist endet drei Jahre nach Kenntnis der möglichen Rückforderungsansprüche. Die Chancen auf Erfolg stünden gut, heißt es beim Hamburger Grundeigentümerverband. Bereits 2013 hat der Bundesgerichtshof festgestellt, dass in RWE-Sonderveträgen die einfache Bezugnahme auf die Regelung für Tarifkunden nicht genügt und daher als Preisänderungsklausel unwirksam sei. red

Autoindustrie

Noch mehr Unfälle mit GM-Modellen

General Motors (GM) gerät wegen der Probleme mit Zündschlössern immer stärker unter Druck. Der Autokonzern gestand nun ein, dass nicht wie bislang behauptet 32, sondern 47 Unfälle auf die schadhafte Bauteile zurückzuführen sind. Die mangelhaften Zündschlösser konnten dazu führen, dass der Motor sich bei voller Fahrt abschaltet und Airbags deaktiviert werden. Nach Konzernangaben soll dies zu 13 Todesfällen geführt haben. Die US-Verkehrssicherheitsbehörde NHTSA dagegen geht davon aus, dass es noch mehr Todesopfer gibt. Ein Anwalt in Texas sagt, er allein vertrete Familienangehörige von 63 Menschen, die bei Unfällen mit GM-Modellen

wegen dieses Sicherheitsmanagements ums Leben gekommen seien. Das Problem war GM seit 2001 bekannt, wurde aber nicht behoben, weil es zu viel Zeit in Anspruch genommen und zu viel Geld gekostet hätte. Insgesamt musste General Motors in den vergangenen fünf Monaten bereits Rückrufaktionen für über 15 Millionen Fahrzeuge starten. Das sind mehr Autos, als der Konzern pro Jahr produziert. haw

Hypo Real Estate Brandbrief an Bundesregierung

Die Chefin der verstaatlichten Krisenbank Hypo Real Estate (HRE), Manuela Better, legt sich mit der Bundesregierung an. In einem Brandbrief an den Bankenrettungsfonds Soffin übt Better massive Kri-

tik an der Entscheidung des Bundes, die HRE-Tochter Depfa abzuwickeln. Der Lenkungsausschuss des Soffin, in dem unter anderem das Bundesfinanzministerium vertreten ist, hatte Mitte Mai entschieden, den geplanten Verkauf der Depfa abubrechen und die Bank stattdessen in der staatlichen Bad Bank FMS Wertmanagement (FMSW) abzuwickeln. Der Bund geht davon aus, dass so für den Steuerzahler mehr Geld herauszuholen ist. HRE-Chefin Better bevorzugte den Verkauf an ein Investorenkonsortium und warnt nun, die Entscheidung zur Abwicklung könne die Depfa destabilisieren. So seien die Aufsichtsbehörden

in den USA und Irland beunruhigt. Auch werde der Verlust in diesem Jahr höher ausfallen als erwartet. Die Mitarbeiter empfänden zudem die Abwicklung als feindliche Übernahme durch die FMSW. Diese müsse nun schnell die Verantwortung bei der Depfa übernehmen. Weder HRE noch FMSW wollten sich zu

dem Brief äußern. Der Verkauf der Depfa galt auch als Testlauf für die Privatisierung der HRE, die der Bund auf Geheiß der EU-Kommission 2015 loswerden muss. Better warnt vor Kollateralschäden durch die Absage des Depfa-Verkaufs. In Berlin sorgt ihr Brandbrief für Irritationen. bbl, mhs



Better

FOTOS: ROLAND MAGUNIA / DAPD (L.O.); OLIVER LANG / DAPD (L.U.); RAINER WEISFLOG (R.)